

BERICHT ZUR BILDUNGSREISE NACH THESSALONIKI VOM 05.-09. OKTOBER 2020

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND POLITIK IN ZEITEN DER KRISE



HINTERGRUND / MOTIVATION DER BILDUNGSREISE

Griechenland ist seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise mit einer tiefen finanziellen und politischen Krise konfrontiert, deren Folgen in allen Lebensbereichen deutlich sichtbar sind: die Arbeitsbedingungen werden prekärer für immer mehr Menschen, die Auswanderung nimmt zu, die Demokratie und der magere Sozialstaat werden abgebaut. Auch wächst die staatliche Gewalt gegen sozial Benachteiligte und Menschen, die Widerstand gegen die Austeritätspolitik der letzten Jahren geleistet haben.

Allerdings hat diese sozio-ökonomische Situation auch zur Entstehung verschiedener solidarischer Projekte, Kooperativen und Initiativen beigetragen, die Orte von Solidarität und Widerstand gegen diese strukturelle Gewalt darstellen: Es handelt sich um soziale Räume, in denen Formen der direkten Demokratie und Selbstorganisation aus- und eingeübt werden; solidarische Initiativen in Bereichen wie Gesundheitsversorgung und Bildung; selbstverwaltete Kooperativen, die auf dem Recht auf Arbeit und Mitbestimmung bestehen; Initiativen, die für öffentliche Güter, wie z.B. Wasser, Wohnrecht und den ÖPNV kämpfen.

Da sich in Thessaloniki, der zweitgrößten Stadt Griechenlands, eine Vielzahl beispielhafter Projekte, Kooperativen und Initiativen der solidarischen Ökonomie befinden, bot die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg im Oktober 2020 eine Bildungsreise dorthin an. Die Reise fand vor dem besonderen Hintergrund der Corona-Pandemie statt, die in Griechenland die soziale Ungleichheit zu verschärfen und den Abbau von Demokratie und die Privatisierung öffentlicher Güter zu beschleunigen droht. Damit vergrößert sie zugleich auch den Bedarf an Solidarität und führt auch zur Formierung von gesellschaftlichem Widerstand. Gleichzeitig wurde die linke SYRIZA-Regierung durch die konservative "Neue Demokratie" abgelöst, womit sich insbesondere für solidarische Initiativen die Bedingungen weiter verschlechtert haben.

Ein zweiter Schwerpunkt der Reise zu Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik, einem auch in Griechenland stark politisch umkämpften und hochaktuellen Thema, war vor allem der Zeit der Obristendiktatur und der Geschichte der jüdischen Gemeinde Thessalonikis bis zur Zäsur der deutschen Besatzung im zweiten Weltkrieg und der Shoah gewidmet.

ALLEN HERAUSFORDERUNGEN ZUM TROTZ - EINE TOLLE REISEGRUPPE

Trotz Corona konnte die Reise - mit kleineren Anpassungen, um die Sicherheit der Reisegruppe und der lokalen Partner*innen zu gewährleisten - dank der patienten und engagierten Reiseleitung von Marianthi Anastasiadou und Matthildi Kyrmizopoulou (beide ehemalige Stipendiat*innen der Stiftung) mit der maximalen Teilnehmer*innen-Zahl von 12 Personen wie geplant stattfinden. Die Reisegruppe war außergewöhnlich jung und vom Hintergrund her divers - einen gewissen Schwerpunkt bildeten ehemalige und aktuelle Stipendiat*innen der Stiftung. Die Stimmung war durchweg locker und freundlich, trotz des intensiven Programms der Reise.

SOLIDARITÄT MUSS PRAKTISCH WERDEN: REINIGUNGSMITTEL-PRODUKTION IN SELBSTVERWALTUNG, KOSTENLOSER SPRACH-UNTERRICHT SELBST ORGANISIERT, SOLIDARISCHE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Nach einer kurzen Kennenlernrunde stand am ersten Tag der Reise direkt das erste Highlight auf dem Programm: ein Besuch bei

Vio.Me. Bei **Vio.Me** wurde ursprünglich Fliesenkleber im industriellen Maßstab produziert. Als das Unternehmen 2012 in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, besetzten die Arbeiter*innen von **Vio.Me** die Fabrik, um ihre Schließung und ihren Verkauf zu verhindern und begannen, die Arbeit selbstverwaltet zu organisieren. Mittlerweile hat sich die Belegschaft dazu entschieden,



Reinigungsmittel herzustellen - das meiste davon in Bio-Qualität. Bemerkenswert ist auch die vielseitige Verzierung vieler Fabrikwände, auf denen Künstler*innen mittels Graffiti ihrer Solidarität zu **Vio.Me** Ausdruck verliehen haben - scheinbar stellen Arbeiter*innen wenn man sie lässt nicht nur rasch auf ökologisch und sozial sinnvolle Produktion um, sie begrüßen auch die kulturelle Aufwertung ihrer Arbeitsumgebung. Diese Arbeit wird dabei für Alle gleich entlohnt und ist nach dem Rotationsprinzip organisiert. Mit mehreren Dutzend Mitarbeiter*innen gilt **Vio.Me** als einer der größten Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung in Griechenland.

Dabei stellt **Vio.Me** auch eine wichtige Infrastruktur für Strukturen der solidarischen Ökonomie in Thessaloniki dar: das Fabrikgelände beherbergt Lagerhallen (gerade für soziale Zentren, die wegen Corona schließen mussten wichtig), eine solidarische Arztpraxis und bietet Raum für kleinere, in Gründung befindliche Initiativen, die noch über wenig eigene Ressourcen verfügen. Auch darüber hinaus engagiert sich **Vio.Me**, etwa in der Durchführung eines großen genossenschaftlichen Festivals oder aktuell in Corona-Zeiten durch die Unterstützung von Geflohenen, zu deren Unterstützung das Projekt eine große Anzahl an Paketen mit Hygieneartikeln in die griechischen Lager geschickt hat. Im Gespräch mit dem Arbeiter, der uns herumführt, wird auch deutlich, dass die Arbeit bei **Vio.Me** als politische Praxis verstanden wird - es geht nicht nur um den Beschäftigungserhalt für die verbleibenden Kolleg*innen sondern auch darum zu zeigen, dass man einen Betrieb auch mit morgendlichem, basisdemokratischem Plenum statt mittels strengen Management-Hierarchien organisieren kann, dass eine andere Weise zu wirtschaften möglich ist. Dabei erfährt **Vio.Me** auch viel internationale Unterstützung. Als dem Betrieb während der Corona-Pandemie der Strom abgestellt wurde, konnte trotz der Schwierigkeiten, die sich hieraus für die Organisation von Solidaritätsaktionen ergaben, dank internationaler Unterstützung rasch Stromgeneratoren angeschafft werden, die die Fertigung nun mit Strom

versorgen - längerfristig wollen die Arbeiter*innen selbst in die Produktion erneuerbaren Stroms einsteigen, um so auch ihrem eigenen ökologischen Anspruch gerecht zu werden.

Am Nachmittag treffen wir uns mit zwei weiteren solidarischen Initiativen aus Thessaloniki: mit **Odysseas** - einer selbstorganisierten Sprachschule, die seit 1997 erwachsenen Migrant*innen und Geflüchteten, aber auch Einheimischen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, kostenlosen Sprachunterricht anbietet - und mit Ärzt*innen von **KIA**, die seit 2011 angesichts des Scheiterns des staatlichen Gesundheitssystems nach Feierabend autonom Gesundheitsversorgung anbieten für Menschen, die vom regulären Gesundheitssystem im Stich gelassen wurden. Von der Arbeit beider Initiativen haben zwischenzeitlich tausende Menschen profitiert, die sich insbesondere im Fall der Sprachschule mittlerweile zum Teil auch selbst ehrenamtlich engagieren. So lernen bei *Odysseas* ca. 400 Schüler*innen aus 45 Ländern Griechisch als Fremdsprache - und Migrant*innen wie auch Einheimischen profitieren von den Russisch- oder Albanisch-Kursen ehemaliger Schüler*innen. Beide Initiativen arbeiten zurzeit nur noch in einem Notbetrieb, hoffen aber, ihre Arbeit bald wieder aufnehmen zu können. Im Falle der Solidaritätsklinik *KIA*, die aus einer allgemeinmedizinischen Praxis, einer Zahnarztpraxis und einer Apotheke besteht, ist derzeit z.B. nur noch die Apotheke aktiv, etwa um Chemotherapie-Behandlungen nicht abbrechen zu lassen. Bemerkenswert ist, dass beide Initiativen Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge (Sprachkurse, Gesundheitsvorsorge) adressieren. Und doch wird klar, dass gerade im Fall von *KIA* nicht auf staatliche Förderung gehofft wird: das Ziel von *KIA* war vielmehr, politisch auf allgemeine Verbesserungen im Gesundheitssektor zu drängen und sich ansonsten autonom von staatlichen Einflüssen zu halten. Im Gegenteil musste z.B. *Odysseas* seit 2012 gegen eine Steuerstrafe von ungefähr 80.000 Euro kämpfen, weil sie Lehrmaterialien zum Selbstkostenpreis an Schüler*innen weitergegeben hat, ohne Steuern zu erheben - die Strafe wurde verhängt, obwohl der Verein immer ehrenamtlich arbeitete und nie einen Gewinnerzielungsabsicht hatte. Sie wurde schließlich diesen Herbst nach fast einem Jahrzehnt endlich fertig abbezahlt, durch Beiträge von Mitgliedern des Projektes wie auch Soli-Unterstützung.

AUF DEN SPUREN DER JÜDISCHEN GESCHICHTE THESSALONIKIS UND DER GESCHICHTE UND GEGENWART DES GRIECHISCHEN GENOSSENSCHAFTSWESENS

Der zweite Tag unserer Reise führt uns auf die Spuren der jüdischen Bevölkerung in Thessaloniki. **Dr. Rena Molcho**, die Geschichte in Thessaloniki und Jerusalem studierte und an der Universität Straßburg promovierte und seit etwa sechzig Jahren zur Geschichte des Judentums in Thessaloniki und Griechenland arbeitet, führt uns auf die Spuren der jüdischen Geschichte Thessalonikis. Die Gründung der ersten Gemeinde Thessalonikis kann auf das erste Jahrhundert datiert werden. Nachdem im Zuge der Christianisierung des oströmischen Reiches eine Politik der Segregation Einzug hielt, wurde Thessaloniki - mittlerweile Teil des osmanischen Reiches - im 15. Jahrhundert zur Zuflucht für eine große Zahl sephardischer Juden, die von der iberischen Halbinsel vertrieben worden waren. In der Folge wuchs die jüdische Gemeinde der Stadt dynamisch. Von Beginn des 16. Jahrhunderts bis hinein ins 20. Jahrhundert war die jüdische Gemeinde fast

durchgehend die größte Glaubensgemeinschaft der Stadt - die Zahl ihrer Mitglieder übertraf sowohl die der orthodoxen Christen, als auch die der Muslime. Dabei war die jüdische Community stark sozial differenziert, mit proletarischen Schwerpunkt: so standen 1919 2.650 Geschäftsleute



und gehobene Selbstständige 16.650 Hafenarbeiter*innen, Handwerk*innen und Arbeiter*innen gegenüber. Die Befassung mit der Geschichte der jüdischen Community Thessalonikis wird so auch zu einer Einführung in die Geschichte der Arbeiter*innen-Bewegung in Griechenland: So verweist Rena Molcho auf die Biographie des Sozialisten Avraam Benaroja, der 1909 die Organisation "Federacion" in Thessaloniki gründete, um Arbeiter aller Nationalitäten bzw. Religionen im Kampf gegen Ausbeutung zu vereinen. Im Stadtzentrum stehen wir an derselben Stelle, an der die (meist jüdischen) Proletarier der Stadt noch zur Zeit der osmanischen Herrschaft den 8-Stunden-Tag forderten, und wir halten inne an dem Denkmal am Eleftheria-Platz - ein Denkmal für die 50.000 von den deutschen Besatzern deportierten Mitglieder der jüdischen Gemeinde, von denen weniger als 2.000 überlebten.

In Thessaloniki, dessen Bevölkerung einst zu mehr als der Hälfte jüdisch war, gibt es heute in Folge dieses verbrecherischen Massenmordes nur noch eine kleine jüdische Gemeinde, die zwei Synagogen unterhält. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die jüdische Geschichte Thessalonikis lange verschwiegen, da ihre Diskussion auch dazu zwingt, die Frage nach der Kollaboration der restlichen Bevölkerung Thessalonikis bei der Verfolgung ihrer jüdischen Mitbürger*innen zu stellen - und danach, was mit dem Vermögen der deportierten und getöteten Juden passierte.

Nach dem bewegenden Vormittag steht der Nachmittag ganz im Zeichen der Genossenschaften. Die Ökonomin **Dr. Christina Sakali** führt uns in die lange Tradition des griechischen Genossenschaftswesens und der selbstverwalteten Betriebe ein (unter anderem wurde hier eine der weltweit ersten Agrar-genossenschaften gegründet). Ein besonderer Fokus liegt dabei selbstverständlich auf den jüngsten Entwicklungen: Seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise und der von den europäischen Institutionen aufgezwungenen Austeritätspolitik kam es zu einer Welle der Gründung von neuen solidarischen Zusammenschlüssen, in denen hierarchiefrei gearbeitet und basisdemokratisch entschieden wird.

Zwei dieser jungen Genossenschaften besuchen wir im Anschluss eines Gesprächs mit Mitarbeiter*innen



der Kollektive: das Café **Mikri Frida** und **Eklektik**, einen Fair-Trade-Laden mit Café, die beide seit fünf Jahren bestehen. „Hier wird man von seinem Arbeitsplatz nicht ausgesaugt, sondern nach seiner Meinung gefragt“, weiß ein Mitarbeiter von **Mikri Frida** zu berichten. Mitglieder der Projekte weisen aber auch auf die Schwierigkeiten etwa bei Kreditaufnahme hin - und auch im Input von **Christina Sakali** wird deutlich, dass die strukturellen Rahmenbedingungen trotz der in die vergangenen SYRIZA-Regierungen gesetzten Hoffnungen schwierig bleiben und es z.B. keine größeren staatlichen Förderprogramme für die solidarische Ökonomie gibt.

IM GESPRÄCH ÜBER DIE JÜNGERE GESCHICHTE UND GEGENWART THESSALONIKIS UND GRIECHENLANDS: POLITISCHE VERFOLGUNG UNTER UND KAMPF GEGEN DIE OBRISTENDIKTATUR, SYRIZAS VERSUCH EINER SOLIDARISCHEN REGIERUNGSPOLITIK UND DER ALLGEGENWÄRTIGE NEPOTISMUS

Am Tag der Verkündung des Urteils im Prozess gegen die „Goldene Morgenröte“, einer neonazistischen Partei, deren Mitglieder für zahlreiche Gewalttaten gegen Migrant*innen und Linke verantwortlich sind, trafen wir uns morgens mit

Triantafyllos Mitafidis, der im Vorstand einer Vereinigung politischer Gefangener der Obristendiktatur engagiert ist. Der ehemalige SYRIZA-Abgeordnete berichtet uns von den Verstrickungen vieler Funktionäre der „Goldenen Morgenröte“ in die Machenschaften der griechischen Militärjunta



von 1967-1974, von dem Widerstand der Studentenbewegung in Thessaloniki, von den Bedrohungen und Drangsalen, die er als Linker in der Armee erfahren hat und von seiner Inhaftierung im Gefängnis Yedi Kule, das wir am Nachmittag besichtigen.

Yedi Kule, ursprünglich ein byzantinischer Festungsbau, diente lange Zeit als Gefängnis - unter der Obristendiktatur waren hier insbesondere politische Gefangene inhaftiert, aber auch schon Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besatzung wurden dort inhaftiert und zum Teil hingerichtet. 1989 wurde der Gefängnisbetrieb eingestellt.



Seither wird das byzantinische Gebäude als Kulturdenkmal erhalten. Die **Oral-History-Gruppe Yedi Kule**, die mündliche Zeugnisse aus der Gefängnis-Periode der Anlage sammelt, kämpft gegen das Vergessen und für die historische Anerkennung der Funktion des Gebäudes als Gefängnis in der Erinnerungskultur. Zwei Mitglieder der Gruppe führen uns durch das ehemalige Gefängnis. Ihre Vor-

träge werden durch Tonband- und Videoaufnahmen sowie Auszüge aus Briefen ehemaliger Gefangener ergänzt.

Wir erfahren von den Schwierigkeiten der Gefangenen, aber auch von solidarischen Widerstandspraktiken und dem Alltagsleben im Gefängnis, das in einen breiteren politischen und sozialen Kontext eingebettet wird: Was bedeutete es etwa für die Familien politischer Aktivist*innen, wenn diese in Haft kamen? Gleichzeitig zieht eine große antifaschistische Demonstration durch Thessaloniki, um die Verurteilung führender Kader der Goldenen Morgenröte als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung zu feiern.

Am Nachmittag treffen wir uns mit Mitgliedern und Vertreter*innen von **SYRIZA**,

der größten griechischen Linkspartei, für einen Austausch zu verschiedenen aktuellen Themen. In den Gesprächen geht es um die (sehr ambivalenten) Regierungserfahrung von SYRIZA und den Versuch, eine solidarische Politik zu praktizieren, aber auch um die anspruchsvolle gegenwärtige Rolle von SYRIZA als Oppositionspartei. Die SYRIZA-Vertreter*innen



konzentrieren sich in ihren Beiträgen auf die unzulängliche Gesundheitspolitik der Partei „Nea Dimokratia“ (zu deutsch: „Neue Demokratie“) während der Pandemie, auf das undemokratische parlamentarische Gesetzgebungsverfahren während des ersten Lockdowns im Frühling, sowie auf Polizeigewalt und -brutalität und die damit verbundene Kontrolle des öffentlichen Raums durch Staat und Polizei. Auch berichten sie von dem vielfältigen Engagement von Aktivist*innen der Partei in verschiedenen solidarischen Initiativen vor, aber auch während und nach der Regierungszeit. Ein anderes Mitglied erzählt von der Jugendarbeit der Partei. Da die Partei dem Referendum von 2015 gegen die dem Land von der EU aufgezwungene Sparpolitik nicht gefolgt ist und viele ihrer jüngeren Mitglieder verloren hat, versucht die Partei, durch Festivals, Diskussionen und Arbeitskreise jüngere Menschen zu erreichen und in ihrer Sprache, in ihren Sorgen und Interessen anzusprechen. Auch die Arbeit mit und die Unterstützung der Geflüchteten wurde thematisiert, wobei deutlich wird, dass die sich verschlechternden sozio-ökonomischen Bedingungen zunehmend auch die Unterstützung der verletzlichsten Mitglieder der Gesellschaft erschweren. Insbesondere wurde von unseren Gesprächspartner*innen die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Lösung hervorgehoben.

Die zweite Abend-Veranstaltung bildete das Treffen mit **Prof. Athanasios Marvakis** von der Aristoteles-Universität in Thessaloniki, der einen Einblick in die sozio-politische Entwicklung des Nepotismus in der griechischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in die „Demokratisierung“ des Nepotismus nach dem Ende der Obristen-Diktatur bot. Die sozio-politischen Entwicklungen während des griechischen Bürgerkriegs und die darauf folgende Spaltung der Gesellschaft hätten zur Verankerung von Klientelpolitik geführt: So

seien Bürgerrechte nicht universell gesichert worden, sondern abhängig von Beziehungen mit Regierungsmitgliedern und den Vertreter*innen der Parteien in einem Freund-/Feind-Muster entweder gewährt oder vorenthalten

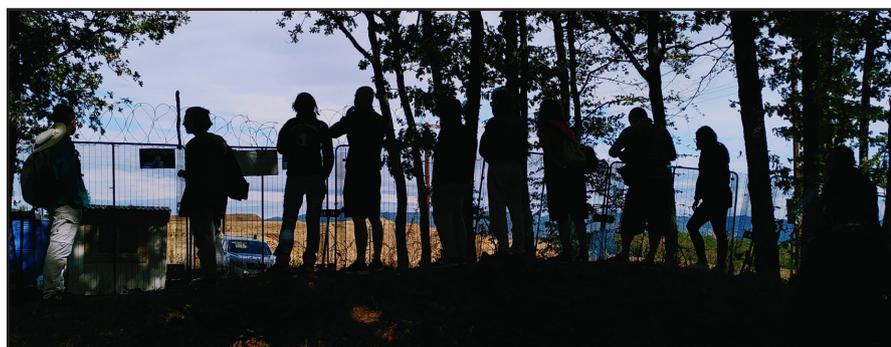


worden. Dieses Muster habe dabei immer gesellschaftliche Randgruppen - z.B. Partisan*innen und ihre Angehörigen - ausgeschlossen und so zu einer tendenziellen Staatsferne der radikaleren Linken beigetragen. Gleichzeitig leide die griechische Gesellschaft weiter extrem unter diesen nepotistischen Strukturen, wie sich auch jetzt wieder unter der neuen Regierung zeige.

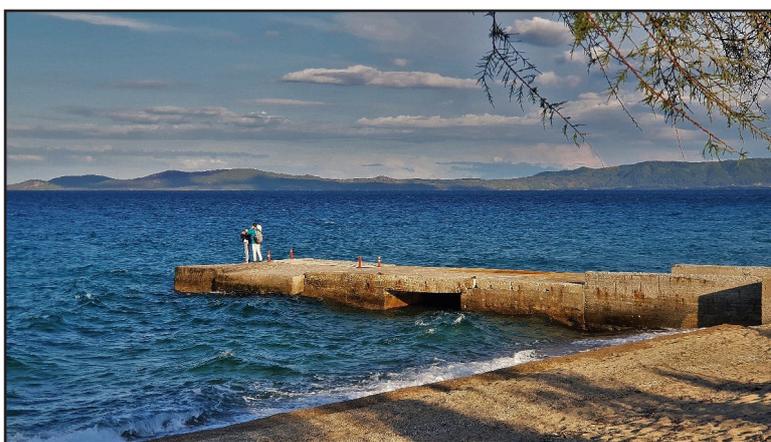
FAHRT NACH CHALKIDIKI UND TREFFEN MIT DER WIDERSTANDSBEWEGUNG GEGEN DEN GOLDDABBAU IN DER REGION

Der vierte Tag unserer Reise führt uns nach **Chalkidiki**, wo wir uns mit der **Widerstandsbewegung gegen den Goldabbau** in der Region treffen. Auf das Gelände der Mine und der Anreicherungsanlage dürfen wir nicht. Der Sicherheitsdienst erwartet

uns schon an den Zugangspunkten zum Minengelände, die von außen einen Blick auf die riesigen Maschinen erlauben. Unsere Kontaktleute sind müde. Sie sind



Aktivist*innen aus Megali Panagia - einem Dorf in den Bergen nahe der Mine - und aus Ierissos - einem anderen, am nahen Meer gelegenen Dorf. Sie kämpfen einen Kampf gegen einen Giganten, einen großen Bergbaukonzern. Mittlerweile ist die Mine trotz großer Widerstände in Betrieb, aber der versprochene Aufschwung ist



ausgeblieben. Dafür leiden die lokale Landwirtschaft und der Touristik-Sektor. Es kursieren Berichte von Schwermetallbelastung im Grundwasser und Angst vor

Erdbeben, die die Dämme der Auffangbecken für die toxischen Rückstände aus der Goldgewinnung zum Bersten bringen könnten.

Auch berichten die Aktivist*innen von massiven Repressionen seitens des Staates. So wurden wiederholt Dörfer mit Tränengas angegriffen und Bürger*innen nachts, teils mit vorgehaltener Waffe, von der Polizei bedroht - der Konflikt eskalierte soweit, dass in Ierissos die lokale Polizeiwache niedergebrannt wurde. Aber der kanadische Bergbaukonzern und seine politischen Verbündeten hätten einen langen Atem bewiesen. Trotz breiter lokaler wie internationaler Unterstützung (die Aktivist*innen vor Ort grüßen etwa ihre Freunde bei „Ende Gelände“ in Deutschland, aber auch in den Griechenland-Solidaritäts-Komitees) ist die Umweltbewegung vor Ort durch jahrelange physische wie rechtliche Repression zermürbt. Die Prozesse gegen einige der Aktivist*innen, die wir treffen, sind abgeschlossen - einige haben noch weitere vor sich.

BASISDEMOKRATISCHE INITIATIVEN FÜR SOLIDARITÄT UND EINE ANDERE POLITIK VOR ORT: COVID-19-SOLIDARITÄTSINITIATIVEN, UNTERSTÜTZUNGSARBEIT FÜR GEFLÜCHTETE UND EINE NEUE LINKE KRAFT IM STADTRAT

Am Morgen des letzten Tages berichtet uns der Aktivist **Giorgos Pouloupoulos**, der uns bei der Reise als Übersetzer begleitet hat, von einer **Covid-19-Solidaritäts-Initiative** in der Stadt. Die Initiative wurde von Genoss*innen aus verschiedenen Gruppen der Linken und des antiautoritären Spektrums der Stadt während des Lockdowns im Frühling gebildet. Dabei bauten sie auf Erfahrungen mit ähnlichen Strukturen auf, die während der Krise der letzten zehn Jahren sich entwickelt haben. Das Netzwerk hat sich in der Krise für Unterprivilegierte, wie Geflüchtete, aber auch Gefangene und psychisch Kranke, die während der Pandemie noch mehr benachteiligt wurden, engagiert und sie auf verschiedenen Art und Weise unterstützt. So wurde ein Solidaritätsnetzwerk in den Nachbarschaften geschaffen, worüber Lebensmittel, aber auch Medizinprodukte verteilt werden. Giorgos vergleicht diese Praktiken mit der Arbeit von Gruppen und Initiativen aus den USA, die auf dem politischen Konzept von Mutual Aid basieren. Im Anschluss diskutieren wir die Gesundheitspolitik der griechischen Regierung und die Spielräume für linke Oppositionspolitik in Pandemiezeiten. Dabei wird deutlich, dass die griechische Regierung deutlich geringere finanzielle Spielräume sieht, um der sich vertiefenden ökonomischen Krise entgegenzuwirken und diese sozial abzufedern. Als weitere Initiative ist der soziale Raum „Micropolis“ zu nennen. Das „mikropolis“ im Zentrum der Stadt hat eine wichtige Rolle während des ersten Lock-Down gespielt, als einer der letzten Sozialräume in Thessaloniki wo Solidaritätsprodukte gesammelt, verpackt und verteilt wurden. Mikropolis wurde im September 2020 aufgrund des Gentrifizierungsdrucks aufgegeben.

Bei der gemeinnützigen Gesellschaft **Naomi** (Ökumenische Werkstatt für Flüchtlinge), die wir anschließend besuchen, können Geflüchtete sich in Textilberufen ausbilden lassen. Die Gesellschaft betreibt eine eigene Näherei, in der Kleidung und Accessoires entworfen und gefertigt werden. Eines der bekanntesten Projekte der Werkstatt ist die Kollektion „Remember Idomeni“. Es handelt sich dabei um Jacken, Westen, und Taschen - hergestellt aus Decken, die aus dem berühmten ehemaligen Idomeni-Camp an den Grenzen zu Nordmazedonien kommen. Naomi unterstützt Geflüchtete zudem mit Sprachunterricht, bei bürokratischen

Angelegenheiten und der medizinischen Versorgung unter Bedingungen, die insbesondere nach der Rückkehr der politischen Rechten an die Macht zunehmend feindlich werden. Bisher wird Naomi durch Projektförderung und Spenden finanziert, langfristig soll sich das Projekt aber selbst tragen. Während des erstens Lockdowns im Frühling 2020 wurden in der Werkstatt tausende Masken für verschiedene Camps in Thessaloniki und Lesbos gefertigt. Derzeit arbeitet die Initiative an einem neuen Projekt, in dem 4.000 Winterhosen für Obdachlose genäht werden sollen. Diese werden auf Spendenbasis finanziert - einige Hundert sind schon finanziert, genäht und verteilt.



Den Abschluss unserer Reise bildet ein Gespräch mit **Antonis Gazakis**, dem Stadtrat der **Poli Anapoda** (einem lokalen Bündnis linker Kleinparteien und Initiativen) über die Kommunalpolitik in Thessaloniki. Jede Sitzung des Stadtrats wird im Kollektiv basisdemokratisch vorbereitet, was eine große Herausforderung für die Initiative ist, da Zeit, Energie, aber auch Bereitschaft oft begrenzt sind. Das Bündnis kämpft durch die Präsenz im Stadtrat und durch öffentliche Kampagnen für leistbare Mieten in der Stadt, gegen Leerstand, für einen besseren ÖPNV und den Umweltschutz in der Region. Ihre Arbeit zeitigt Erfolge: Aktionen zum Mietmarkt und gegen Neonazis in der Stadt fanden ein großes Medienecho. Aufgrund dieser Erfolge rechnet Antonis mit einem deutlichen Anstieg der Mandate bei der nächsten Wahl.

FAZIT: SOLIDARITÄT ODER BARBAREI?

Bei allen Besuchen und Gesprächen während unserer Bildungsreise in Thessaloniki waren die Zeichen der langen Krise bemerkbar. Die Forderung nach Solidarität und die Entwicklung einer solidarischen Ökonomie in ihren verschiedenen Formen, muss auch als eine Form linker Elendsverwaltung gesehen werden. Dabei basieren diese solidarische Praktiken auf einer langen "Tradition" von Kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, frei von Ausbeutung und autoritärer Herrschaft, wie in den Diskussionen mit Rena Molcho, Triantafyllos Mitafidis, der Oral History-Gruppe und Athanasios Marvakis deutlich wurde. Diese progressive Dimension der griechischen Geschichte muss aber, wie auch der Begriff der Solidarität selbst, unter den heutigen Bedingungen neu angeeignet und weiterentwickelt werden.



Die Erprobung und das Einübung von Demokratie im hier und jetzt, die radikale Opposition gegen die alten Strukturen von Nepotismus,

Korruption und autoritären Hierarchien - das waren schon zentrale Motive des Aufstands der Schüler*innen und Studierenden im Jahr 2008, als das ganze Land für Woche lang von Protesten und Demonstrationen erschüttert wurde und neue politische basisdemokratische Strukturen etabliert wurden. Dieser Hintergrund erklärt auch den starken, rebellischen Geist der Autonomie vieler Initiativen, mit denen wir uns getroffen haben: eine Unterordnung unter den Staat wird abgelehnt. Eine rechtliche Anerkennung scheint nur wenig attraktiv, da der Staat ohnehin nicht zur Unterstützung solidarischer Strukturen geeignet sei und diesen grundsätzlich feindlich gegenüber stünde. Gleichzeitig wird auch deutlich: Insbesondere während der Pandemie müssen die Initiativen und Kooperativen um ihr Überleben kämpfen, da es nicht nur keine staatliche Unterstützungsangebote gibt, sondern die Pandemie auch viele Schwierigkeiten und Belastungen ökonomischer, psychischer wie politischer Art für die Genoss*innen bedeutet.

Solidarität oder Barbarei? Mit dieser Frage möchten wir den Bericht schließen, da uns das die Leitfrage der sozialen und politischen Zuspitzung seit dem Anfang der Krise war und weiter die zentrale soziale und politische Frage in der griechischen Gesellschaft bleibt: Wie wollen wir leben - unter Bedingungen der Barbarei (d.h. der verbreiteten Misere in Gesellschaft, der Ausbeutung in der Arbeit sowie der Repression durch die politische Autorität) oder unter jenen der Solidarität, verstanden als Widerstand gegen die Barbarei und der Forderung nach einer alternativen Organisation der Gesellschaft? Nach 2010, mit der Vertiefung der Krise, wurde die politische Frage in Griechenland offen gestellt, wohin sich die Gesellschaft entwickeln solle: in Richtung Nationalismus und Faschismus (die „Goldene Morgenröte“ war die zweitstärkste Oppositionspartei im Parlament zwischen 2012 und 2019) oder in Richtung einer solidarischen, inklusiveren Gesellschaft, wie sie von den Parteien, Organisationen und Bewegungen auf der Linken angestrebt wird? Diese Frage bleibt weiter aktuell für die Linke - in Griechenland, in Deutschland, in Europa, weltweit!

Marianthi Anastasiadou, Matthildi Kyrmizopoulou, Anna Frey, Philipp Frey